

## Presse Dienst des Deutschen Orient-Instituts 50/2017

---



### Unmut über Versäumnisse der kurdischen Regierung

In der Autonomen Region Kurdistan ist es in mehreren Städten zu gewalttätigen Protesten gekommen, woraufhin zwei Parteien ihren Austritt aus der Regierung erklärten. Die Demonstranten kritisierten kürzlich verhängte Sparmaßnahmen sowie kurdische Gebietsverluste nach dem gescheiterten Referendum im September. [Reuters](#) [MEE](#) [DW](#)

### Details zu Riads Atomprogramm weiterhin unklar

Laut dem saudischen Minister für Erdöl al-Falih sollen in Kürze Verhandlungen über ein Nuklearabkommen zwischen Riad und Washington stattfinden. Unklar ist bislang, ob die Kooperationsvereinbarungen Urananreicherung vorsehen oder nicht. [Reuters](#)



### Ägypten: Wahlkampf ohne Gegenkandidaten

Ein Oberst der ägyptischen Armee wurde von einem Militärgericht in Kairo zu sechs Jahren Haft verurteilt, nachdem er seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2018 verkündet hatte. Beobachter sehen in ihm nur einen weiteren in der Reihe der Herausforderer al-

Sisis, denen die Teilnahme am Wahlkampf verwehrt bleibt. [MEMO MEE](#)

## Demokratisierungsprozess in Tunesien schreitet voran

Die tunesische Regierung gab einen offiziellen Termin für die Kommunalwahlen im Mai 2018 bekannt. Die Wahlen waren bereits mehrfach verschoben worden, was Beobachtern und Aktivisten Grund zur Sorge gegeben hatte.

[Reuters](#)



---

Deutsches Orient-Institut

Kronenstraße 1

10117 Berlin

☎ 030 / 206410-21

📠 030 / 206410-29

[doi@deutsches-orient-institut.de](mailto:doi@deutsches-orient-institut.de)

<http://deutsche-orient-stiftung.de/>

[Unsubscribe](#)